

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **10.08.2017** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

18.WP/A-WALV/006

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 19:06 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:05 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:40 Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Plaß, Barthold

stellv. Vorsitzender

Kaever, Volkhard Dr.

Mitglied/Mitglieder

Dralle, Karl-Heinz
Fleischmann, Michael
Lentz, Stefan
Meyer, Andreas
Morich, Hans-Dieter
Münzberg-Jesche, Sin-
ja

stellv. Mitglied/Mitglieder

Pollehn, Armin als Vertretung für Herrn Apel

Beratende/s Mitglied/er

Arand, René
Berwing, Andreas bis Ende öffentliche Sitzung
Meyer, Karl-Heinz

Gast/Gäste

Zimmermann, Philipp (Smartparking-Plattform
e.V.)
bis TOP 4

Verwaltung

Baxmann, Alfred
Herbst, Rainer
Krause, Julia
Scholz, André

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 01.06.2017
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 3.1. Eisenbahnkreuzungen in Burgdorf
Vorlage: 2017 0304
 - 3.2. Lärmaktionsplan Eisenbahnbundesamt, Lärmkarten 2017
Bezugsvorlagen
2015 0826 Eisenbahnbundesamt Lärmkarten 2015
2017 0236 Lärmaktionsplanung Eisenbahnbundesamt, 1. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung ab 30.06.2017
Vorlage: 2017 0300
 - 3.3. Mitteilung: Gehwegerneuerung Bromberger Straße - Werkvertrag
Vorlage: 2017 0281
 - 3.4. Änderung Ausbauprogramm Geh- und Radweg Mönkeburg 5
Vorlage: 2017 0271
4. "Handy-Parken" - Bericht Smartparking – Plattform e.V.
5. Querungshilfe Hülptingsen - Varianten
Vorlage: 2017 0306
6. Widmung von Straßen
Vorlage: 2017 0305
7. Vorstellung der örtlichen Realverbände
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 09.05.2017 -
Vorlage: 2017 0248
 - 7.1. Vorstellung der örtlichen Realverbände und der Verkoppelungsgemeinden
- Ergänzung zum Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 17.05.2017 -
Vorlage: 2017 0248/1
8. Fahrradausleihsystem für Burgdorf
- Antrag vom Bündnis ´90/Die Grünen vom 17.05.2017 -
Vorlage: 2017 0260
9. Radweg/Bürgersteig-Südseite K 117 im Ortsteil Ehlershausen;
- Änderungs-Antrag der SPD im Ortsrat Ramlingen-Ehlershausen vom 07.05.2017
-
Vorlage: 2017 0264
10. "Bahnhofskümmerer "
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 31.05.2017 -
Vorlage: 2017 0278
11. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
12. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Plaß**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 01.06.2017

Beschluss:

Das Protokoll zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am **01.06.2017** wird mit **9 Ja-Stimmen** einstimmig genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Die Messprotokolle der Straßenverkehrsabteilung sind als **Anlage 1** dem Protokoll beigelegt.

3.1. Eisenbahnkreuzungen in Burgdorf Vorlage: 2017 0304

Herr Andreas Meyer erkundigt sich, wann mit den Zahlen zur Alpha-E-Trasse zu rechnen ist und wie dann die weitere Vorgehensweise der Stadt ist.

Herr Baxmann antwortet, dass sich die Stadt bezüglich der weiteren Vorgehensweise mit den Kommunen Lehrte, Sehnde, Neustadt und Wunstorf abstimmen wird. **Herr A. Meyer** befürchtet, dass die Bahn trotzdem schon mit der Verdichtung des Bahnverkehrs beginnt und die Dorfbewohner dann vor den verschlossenen Schranken warten müssen. **Herr Baxmann** antwortet, dass man zunächst abwarten muss, welche Planung realisiert wird. Erst dann kann man konkret reagieren.

Herr Karl-Heinz Meyer lobt das Engagement der Stadt in dieser Angelegenheit. Es besteht ein guter Kontaktaustausch mit der Bürgerinitiative BIOS, so dass die Bürger gut informiert sind.

Herr Fleischmann verweist auf den Brief von Herrn Dr. Hoppenstedt. Darin heißt es, dass die Stadt Burgdorf frühzeitig vorstellig werden sollte. Da nicht bekannt ist, wann die Bahn aktuelle Zahlen bekannt gibt, sollte die Stadt umgehend reagieren.

Herr Pollehn verweist darauf, dass im Stadtgebiet Burgdorf zwei Bahnübergänge betroffen sind. An diesen Unter- oder Überführungen zu realisieren ist sehr problematisch. In Otze ist am jetzigen Standort weder eine Über- noch Unterführung möglich. In Ehlershausen stehen die erforderlichen Grundstücksflächen im Privateigentum und werden derzeit anderweitig beplant. Er schlägt vor, dass man bereits jetzt mit den Überlegungen beginnt, wo eine Unter- oder Überführung dieser beiden Bahnübergänge an anderer Stelle möglich ist.

Herr Plaß fasst zusammen, dass es sich um ein wichtiges Thema handelt, welches weiterhin im Ausschuss beraten werden sollte.

**3.2. Lärmaktionsplan Eisenbahnbundesamt, Lärmkarten 2017
Bezugsvorlagen
2015 0826 Eisenbahnbundesamt Lärmkarten 2015
2017 0236 Lärmaktionsplanung Eisenbahnbundesamt, 1. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung ab 30.06.2017
Vorlage: 2017 0300**

Herr A. Meyer erkundigt sich, ob man die genannten Einwohnerzahlen auch in die Kernstadt Burgdorf und die Ortsteile unterteilen kann.

Nachrichtlich über Protokoll:

Die Beantwortung der Frage und weitere Informationen erfolgen über die Ergänzungsvorlage 2017 0300/1.

**3.3. Mitteilung: Gehwegerneuerung Bromberger Straße - Werkvertrag
Vorlage: 2017 0281**

Es werden keine ergänzenden Fragen zu der Mitteilungsvorlage gestellt.

**3.4. Änderung Ausbauprogramm Geh- und Radweg Mönkeburg 5
Vorlage: 2017 0271**

Herr Plaß erkundigt sich, ob es hier einen Zusammenhang mit dem Ausbau des Verbindungsweges Ahrbergenweg / Rohrkampsweg gibt. **Herr Herbst** erläutert, dass für den Ausbau dieses Weges Haushaltsmittel über den Haushalt 2018 zur Verfügung gestellt werden müssen. Derzeit gibt es zwei Ausbauprodukte, die für die Haushaltsplanungen vorgeschlagen werden.

Der Ortsvorsteher von Heeßel, **Herr Reißer**, bevorzugt einen Bitu-Ausbau gegenüber der Herstellung mit lediglich Mineralgemisch.

Die Mitteilungsvorlage 2017 0271 wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

4. **"Handy-Parken" - Bericht Smartparking – Plattform e.V.**

Herr Herbst stellt Herrn Zimmermann vom Verband Smartparking vor. Dieser wird das Verfahren näher erläutern.

Herr Zimmermann stellt Smartparking anhand einer Präsentation vor (**Anlage 2**). Der Verband ist in etwa 40 Kommunen aktiv. Für die Kommune ist die Einführung von Handy-Parken kostenlos und legt damit einen Grundstein für die Zukunft. Er berichtet, dass oftmals das Kleingeld fehlt oder aber die Parkdauer nicht abgeschätzt werden kann. Es kommt das Mehrbetreibermodell zum Einsatz, wodurch der Nutzer die freie Auswahl hat, ob er die Parkgebühr via App, SMS, in Car oder Anruf begleichen möchte.

Herr Zimmermann weist darauf hin, dass nach Umstellung auf Smartparking sicherlich nicht jeder Nutzer diese Möglichkeit auch in Anspruch nimmt. Aber in Hinblick auf die Zukunft werden solche technischen Möglichkeiten immer mehr auf den Markt kommen.

Herr Arand erkundigt sich, wie das Verfahren funktioniert. Dies wird von **Herrn Zimmermann** anhand einer App erläutert. Für diese Art der Nutzung muss man sich eine App aussuchen und herunterladen. Nach dem Start der App wählt man sein hinterlegtes Kfz-Kennzeichen aus. Bei einer Überprüfung der Straßenverkehrskontrolleure wird dann angezeigt, dass dieses Auto den digitalen Parkschein nutzt. Bei der Stadt Burgdorf sind entsprechende Geräte schon vorhanden, auf denen nur noch die Schnittstelle zum Smartparking eingerichtet werden muss.

Herr Morich befürwortet das Handy-Parken, da es eine Serviceverbesserung ist. Die Autofahrer profitieren von einer solchen Möglichkeit.

Herr Lentz erkundigt sich, ob die Automaten mit Bargeldzahlung weiterhin erhalten bleiben. Dies bejaht **Herr Herbst**.

Frau Münzberg-Jesche fragt, welchen Nutzen die Anbieter davon haben. Des Weiteren interessiert sie, ob der Datenschutz eingehalten wird und wie die Bezahlung erfolgt. **Herr Zimmermann** antwortet, dass die Anbieter verschiedene Geschäftsmodelle verfolgen. Z.B. nennt er die Abo-Gebühren, wobei es für Viel-Parker eine Flatrate gibt. Der Autonutzer muss einen entsprechenden Aufschlag für die Nutzung des Handy-Parkens zahlen.

In Bezug auf den Datenschutz teilt er mit, dass die Systeme entsprechend geprüft werden und es eine Zertifizierung gibt. Bisher wurden die Datenschutzbestimmungen eingehalten. Sofern es gewünscht wird, kann gezielt für die Nutzung in Burgdorf eine Prüfung mit dem Datenschutzbeauftragten der Stadt erfolgen.

Für die Bezahlung gibt es verschiedene Varianten, wie z. B. PayPal, auf Rechnung oder Kreditkarte. Dies kann sich der Nutzer entsprechend aussuchen.

Herr Plaß erkundigt sich, welchen Nutzen die Stadt von der Einführung hat. **Herr Zimmermann** verweist auf die Präsentation. Dort wurden verschiedene Vorteile genannt, wie z. B. weniger Wartungsaufwand, weniger Papier, aber auch die einfachere Überwachung des ruhenden Verkehrs. Die Stadt bietet mehr Service an und ist damit bürgerfreundlicher.

Herr Fleischmann verweist darauf, dass jedes Smartphone überwacht wird und es damit keine 100%ige Sicherheit gibt. Er erkundigt sich, ob Parkplätze dafür abgebaut werden. **Herr Herbst** verneint dies. Der Service ist ähnlich wie bei einer Geldkarte.

Herr Herbst erklärt, dass die Anbieter die festgesetzten Parkgebühren einnehmen und an die Stadt ohne Abzüge weiterleiten. Mit der Einführung des Handy-Parkens sollte auch die minutengenaue Abrechnung möglich sein. Dafür wird die Parkgebührensatzung entsprechend angepasst. Die Änderung wird in die Politik eingebracht und kann dann voraussichtlich zum 01.01.2018 in Kraft treten. Eine Zusammenarbeit mit dem Verband ist interessant, weil man dann mit allen Anbietern arbeiten kann.

Herr Arand erkundigt sich, wer die Kosten für die Umrüstung der Kontrollgeräte und die Aufkleber trägt. **Herr Zimmermann** antwortet, dass die Aufkleber vom Verband zur Verfügung gestellt werden. Für die Kontrollgeräte wird die entsprechende Schnittstelle ebenfalls kostenlos eingerichtet.

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaft und Verkehr befürwortet **einstimmig** die Einführung des Handy-Parkens. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen und die Änderung der Parkgebührenordnung zu veranlassen.

5. Querungshilfe Hülptingsen - Varianten Vorlage: 2017 0306

Herr Herbst erklärt, dass in der Vorlage vier Varianten vorgestellt werden. Er ergänzt, dass für den Umbau der Bushaltestellen Fördermittel in Höhe von 30.000 € eingenommen wurden. Wenn die Bushaltestellen jetzt umgebaut werden sollen, müssten Fördermittel in Höhe von 15.000 € zurückgezahlt werden, so dass die Kosten für die Variante 2.1 auf 75.000 € ansteigen. **Herr Herbst** schlägt vor, die Sicherung der Querung durch Schulweglotsen herzustellen.

Herr Plaß übergibt das Wort an den Ortsvorsteher von Hülptingsen, Herrn Schweer.

Herr Schweer berichtet, dass er bereits im Vorfeld über den Inhalt der Vorlage informiert wurde. In der letzten Sitzung wurde die Möglichkeit der Aufhebung der 30-Zone für die Einrichtung einer Lichtsignalanlage (LSA) in Aussicht gestellt. Warum wurde diese Variante nicht weiter verfolgt. Der Wunsch der Hülptingser ist es, eine sichere Querungsmöglichkeit genau an dieser Stelle einzurichten, gerne auch als Bedarfsampel.

Herr Herbst erläutert, dass die Grundvoraussetzung für eine LSA die Aufhebung der 30-Zone wäre. Allerdings fehlen die erforderlichen Verkehrszahlen für eine LSA. Die Verwaltung kann nicht gegen bestehende Richtlinien verstoßen.

Herr Plaß fragt, ob es eine Ausnahmemöglichkeit gibt, um von den Querungszahlen abzuweichen. **Herr Herbst** antwortet, dass keine Tatbestände für eine Ausnahme vorliegen.

Herr Lentz befürwortet die Variante des Schulweglotsen, da es zumindest

eine kurzfristige Lösung bietet. **Herr Schweer** fragt sich, wer diese Verantwortung übernehmen soll. Er kennt eine solche Lösung nur nahe einer Schule.

Herr Fleischmann erkundigt sich, ob die Anlegung eines Fußgängerüberweges (FGÜ) grundsätzlich möglich sei oder ob lediglich der hohe finanzielle Aufwand gegen die Anlegung spricht.

Frau Münzberg-Jesche befürwortet ebenfalls die Variante der Schulweglotsen, da diese Maßnahme kurzfristig umgesetzt werden kann.

Herr Plaß teilt mit, dass seine Gruppe die Variante zur Anlegung des FGÜ mit dem Umbau der Bushaltestelle befürwortet.

Herr Herbst berichtet, dass sich auch die Verkehrsbehörde mit dem Thema beschäftigt hat. Sofern die Politik eine Anlegung eines FGÜ oder LSA entgegen der Richtlinien beauftragt, würde die Straßenverkehrsbehörde diese Anordnung nicht umsetzen. Erst würde die Sachlage der Kommunalaufsichtsbehörde zur Prüfung vorgelegt werden.

Haushaltsmittel stehen zurzeit nicht zur Verfügung. Wenn diese im Haushalt 2018 bereitgestellt werden sollten, ist mit einer Umsetzung nicht vor Herbst 2018 zu rechnen. Die Sicherung der Querung mittels Schulweglotsen ist schneller umzusetzen.

Nach weiterer Diskussion schlägt **Herr Pollehn** vor, dass er die Sachlage in seiner Gruppe nochmal beraten möchte. Er hofft weiterhin, dass eine Lösung gefunden wird. Wenn die Querungszahlen sich in der Zukunft erhöhen, sollte schon jetzt eine Lösung vorbereitet werden, damit zu dem Zeitpunkt entsprechende Mittel in den Haushalt eingestellt werden können. Bis dahin wäre ein Schulweglotse eine gute Möglichkeit.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass die Vorlage 2017 0306 in die nächste Sitzung vertagt werden soll.

6. Widmung von Straßen Vorlage: 2017 0305

Beschlussvorschlag:

Die in der Anlage 1 aufgeführten Straßen, Wege und Plätze werden gemäß § 6 des Nieders. Straßengesetzes (NStrG) als Gemeindestraßen für den öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die Ausschussmitglieder schließen sich **einstimmig** dem Beschlussvorschlag an.

**7. Vorstellung der örtlichen Realverbände
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 09.05.2017 -
Vorlage: 2017 0248**

TOP 7 und 7.1 werden gemeinsam beraten.

Die zur Verfügung gestellten Informationen werden vom Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr zur Kenntnis genommen.

**7.1. Vorstellung der örtlichen Realverbände und der Verkoppelungsgemeinden
- Ergänzung zum Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 17.05.2017 -
Vorlage: 2017 0248/1**

- Siehe TOP 7 -

**8. Fahrradausleihsystem für Burgdorf
- Antrag vom Bündnis '90/Die Grünen vom 17.05.2017 -
Vorlage: 2017 0260**

Frau Münzberg-Jesche erläutert den Antrag zum Fahrradausleihsystem und bittet darum, dieses für Burgdorf zu prüfen. **Herr Herbst** teilt mit, dass die Prüfung sehr umfangreich ist und daher nicht kurzfristig erfolgen kann. Seiner Meinung nach sollte eher die Region Hannover ein solches Fahrradausleihsystem prüfen. Gerade im Hinblick auf den Anschluss an den ÖPNV ist dies sinnvoller.

Herr Baxmann schlägt vor, dass die Verwaltung zunächst Informationen bei den Kommunen einholt, die dieses System bereits eingeführt haben. Weiterhin kann Kontakt mit der Region Hannover in Bezug auf eine mögliche Zusammenarbeit aufgenommen werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr beschließt einstimmig, dass die Verwaltung beauftragt wird, Informationen zum Fahrradausleihsystem bei der Region Hannover sowie in Nienburg und Buchholz i. d. Nordheide einzuholen.

**9. Radweg/Bürgersteig-Südseite K 117 im Ortsteil Ehlershausen;
- Änderungs-Antrag der SPD im Ortsrat Ramlingen-Ehlershausen vom 07.05.2017 -
Vorlage: 2017 0264**

Herr Plaß berichtet, dass sich der Ortsrat Ramlingen-Ehlershausen einstimmig für diesen Antrag ausgesprochen hat. Daher geht er davon aus,

dass sich der Ausschuss dieser Beschlussempfehlung anschließt.

Herr Herbst merkt an, dass damit auf die Stadt finanzielle Lasten zukommen, für die sie keine Verantwortung hat. Die Straßenbaulast von dem Gehweg liegt bei der Region. Eine Verbreiterung zugunsten eines Radweges wäre zwar möglich, allerdings wird die Region diese Kosten voraussichtlich nicht übernehmen wollen.

Herr Plaß bemängelt, dass diese Information nicht schon im Ortsrat erfolgt ist.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass die Vorlage ohne Beschluss an den Verwaltungsausschuss weitergegeben wird.

10. "Bahnhofskümmerer "
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 31.05.2017 -
Vorlage: 2017 0278

Herr Plaß stellt den Antrag der CDU-Fraktion vor.

Herr Baxmann berichtet, dass das Projekt der Region vor einigen Jahren im Kreise der Hauptverwaltungsbeamten vorgestellt worden sei. Daraufhin wurde das Thema im Verwaltungsausschuss vorgestellt, allerdings wurde ein Bahnhofskümmerer nach seiner Erinnerung damals aus Kostengründen abgelehnt. Er weist darauf hin, dass sich die Bahn darum kümmern muss und nicht die Stadt. Auch ein Bahnhofskümmerer kann viele Mängel nicht selbständig beseitigen, wie z.B. die Problematik mit dem defekten Fahrstuhl. Der städt. Bauhof säubert den Bahnhof zudem regelmäßig.

Frau Münzberg-Jesche stimmt Herrn Baxmann zu. Der Burgdorfer Bahnhof hat ihrer Meinung nach weder ein Sicherheits- noch ein Sauberkeitsproblem. Bereits jetzt kann man die Bahn direkt über Missstände informieren. Einem Bahnhofskümmerer würden keine anderen bzw. besseren Möglichkeiten zur Verfügung stehen.

Herr Morich teilt mit, dass eher die vielen abgestellten Fahrräder am Gelände das Problem sind.

Herr Fleischmann befürwortet den Prüfauftrag an die Verwaltung. Die Stadt sollte zunächst klären, unter welchen Voraussetzungen und Kosten der Einsatz eines Bahnhofskümmerers möglich ist.

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr beauftragt die Verwaltung **einstimmig**, zu prüfen unter welchen Voraussetzungen die Stadt Burgdorf einen lokalen Bahnhofskümmerer beschäftigen kann.

11. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es liegen keine Anfragen vor.

12. Anregungen an die Verwaltung

1. **Herr Fleischmann** lobt die Verwaltung. Er findet es gut, dass das Brückengeländer an der Auebrücke Mühlenstraße endlich auch für Fahrradfahrer geeignet ist. Auch die anderen Brücken sollten entsprechend umgebaut werden, so dass Radfahrer nicht absteigen müssen.

Einwohnerfragestunde

1. **Ein Einwohner aus Hülptingsen** teilt in Bezug auf TOP 5 mit, dass die Variante der Schulweglotsen eine gute Sache ist. Eltern sind sicherlich bereit, ihre Kinder über die Straße zu begleiten. Aber ob man als Lotse dann auch immer die Verantwortung für alle Kinder übernehmen möchte, wagt er zu bezweifeln. Des Weiteren stellt er diverse Fragen.

Herr Baxmann bittet den Einwohner, seine Fragen kurzfristig per Email an die Verwaltung zu stellen. Eine Antwort wird umgehend in Aussicht gestellt, so dass Fragen und Antworten dem Protokoll beigelegt werden können.

Nachrichtlich über Protokoll:

*Die Fragen und Antworten sind dem Protokoll als **Anlage 3** beigelegt.*

2. **Eine Einwohnerin** bittet den Ausschuss, sich positiv für einen Bahnhofskümmerer einzusetzen. Sie weist darauf hin, dass die Infosäule zur Meldung von Mängeln inzwischen entfernt wurde. Sie hat die Erfahrung gemacht, dass sich die Bahn sehr viel Zeit mit der Behebung von Mängeln lässt. Als Beispiel nennt sie den Regionsnetzplan. Es hat Monate gedauert, bis die Bahn diesen ersetzt hat. Somit war es für Ortsunkundige nicht möglich, sich über die verschiedenen Zonen zu informieren.

Herr Baxmann berichtet, dass sich die Stadt ständig im Dialog mit der Bahn befindet. Oftmals ist es so, dass die Bahn nicht sofort auf Meldungen reagiert. **Herr Herbst** ergänzt, dass die Bahn Schadensmeldungen zwar aufnimmt, diese aber erst sammelt. Die Arbeiten werden dann teilweise ausgeschrieben und somit erst mit großer Verzögerung abgearbeitet.

3. **Ein weiterer Einwohner aus Hülptingsen** erkundigt sich, ob es eine Statistik über die vorhandenen Querungshilfen (Lichtsignalanlage (LSA)/Fußgängerüberweg (FGÜ)) im Stadtgebiet Burgdorf gibt. Weiterhin interessiert es ihn, ob die vorhandenen Querungshilfen dahingehend überprüft werden, ob ihre Notwendigkeit noch besteht. Vielleicht kann man eine LSA andernorts abbauen und für Hülptingsen nutzen. Die Kinder dort sind jetzt klein und sind auf die sichere Querungshilfe angewiesen.

Herr Herbst antwortet, dass die überwiegenden LSA nicht in der Baulast der Stadt sind. Nur wenige werden von der Stadt betrieben. Allerdings gibt es auch keine Überprüfung der Notwendigkeit. Allerdings wurden LSA auch abgebaut, wenn sie nicht mehr benötigt werden. Dies wurde zum Beispiel im Bereich der Marktstraße im Zuge des Stadtstraßenumbaus gemacht.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer